

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden.
Gesamtes Jahressubskriptionspreis 25 2/4.
Aus für Nachgelassene: 20011.

Bezugs-Gebühr a. 16. bis 31. Dezember 1924 bei hgl. postamtlicher Zustellung drei Haus 1.50 Reichsmark.
Die Inserate werden nach Reichsmark berechnet; die sonstigen 3) mm. reite
Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne
Rabat 10 Pfg., außerhalb 30 Pfg., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pfg.,
außerhalb 200 Pfg. Oberengpfeil 10 Pfg. Inserat-Verträge gegen Vorausbezahl.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 33/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.
Pollich-Str. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner N.“) zulässig. — Innerenlate Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hotel Bellevue

Nachmittag-Tea mit Konzert.
Mittag- und Abend-Tafel im
Terrassen-Saal an der Elbe.
Bekanntes vornehme Tafelmusik.
Festsäle und Konferenzzimmer.

Jeden Mittwoch Abend
Reunion

Herriot stellt „deutsche Verfehlungen“ fest.

Die alliierten Botschafter planen einen gemeinsamen diplomatischen Schritt in Berlin.
Außerparteiliches Rechtskabinett in Braunschweig. — Kullishers Sohn verhaftet. — Unveränderter Großhandelsindex.

Die „neuentdeckten heimlichen Waffenlager.“

Eine Insamie der Entente.
Paris, 26. Dezember. Nach Beendigung des Ministerrats hat die Presse am Quai d'Orsay folgende Mitteilung gemacht worden:
Ministerpräsident Herriot hat im Laufe der Sitzung seinen Kollegen von der Note Kenntnis gegeben, die er am 22. Dezember über die

Aufrechterhaltung der Röhner Zone

von der englischen Regierung erhalten hat. Er hat seinen englischen Kollegen den Inhalt eines Memorandums mitgeteilt, in dem die französische Regierung feststellt, daß die aus Deutschland erhaltenen Nachrichten schon jetzt (!) genügen, um zu beweisen, daß es nach dem Friedensvertrag von Versailles (!) unmöglich sei, die Räumung am 10. Januar vorzunehmen. Der Inhalt dieses Memorandums ist von den Ministern gebilligt worden. Weiterhin, so habe Herriot mitgeteilt, könnten die von der Interalliierten Militärkontrollkommission neu entdeckten Waffenlager nur die Gründe für die von der französischen Regierung vertretene These verklären. Die Verhandlungen der Alliierten über diese Frage würden im größten Eilverfahren fortgesetzt werden.

Wie sich Herriot „die Sicherung des Friedens“ denkt.

Paris, 26. Dez. Der Abgeordnete Pautier hat am 24. Dezember vor der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten einen

Brief Herriots über die Entwaffnung Deutschlands verlesen. Herriot teilt darin mit, daß er einen offiziellen Bericht der Interalliierten Kontrollkommission noch nicht erhalten habe, daß er aber bestimmt hoffe, der Kommission Mitte Januar erschöpfende Auskünfte über den Stand der deutschen Abrüstung geben zu können. Aus den bereits vorliegenden Meldungen gehe indessen hervor, daß Deutschland verschiedene Verstöße gegen die Verbündeten über seine Abrüstung unbedacht gelassen habe. Herriot weist insbesondere auf die Verletzung des Generalabens und die Verletzung der Polizeimeinungen hin und beantragt außerdem, daß durch die Firma Krupp die Herstellung von Gewehren erfolgt sei. Die Kommission eröffne einen kurzen Meinungsanstausch über den Inhalt des Briefes. Pautier erklärte unter Zustimmung der Kommission, es sei besonders interessant, zu erfahren, welche Haltung Deutschland seit Beginn der Räumung des Ruhrgebietes eingenommen habe.

Pautier wurde darauf von der Kommission beauftragt, von Herriot genaue Angaben über den Stand der deutschen Abrüstung seit Einstellung der Ruhrbesetzung zu erbitten.
Einem Vertreter der „Erchange Belge“ gegenüber erklärte Herriot, die französische Armee sei durch die Neuorganisation, die sie erhalten werde, gegenüber Deutschland, dessen Haltung nach den Feststellungen der J. M. A. weiterhin beunruhigend sei, nicht geschwächt. Man wolle im Gegenteil der Armee moderne Mittel an die Hand geben. Wenn unglücklicherweise ein neuer Konflikt ausbrechen sollte, dann würde die Lage eine ganz andere sein, als man allgemein glaube.

Herriot erinnerte an den Vertrag von Tilsit.

Damals habe man geglaubt, daß Deutschland entwaftet sei, während es tatsächlich im geheimen seine Vorbereitungen getroffen habe. Derartige Möglichkeiten seien von den militärischen Führern Frankreichs genau geprüft worden. Zur Frage der Räumung der Röhner Zone am 10. Januar erklärte Herriot, Frankreich werde in diesem Punkte genau so wachsam sein, wie in allen anderen Fällen. Wir wollen die Entscheidung der Botschafterkonferenz über den Bericht der J. M. A. abwarten. Die letzten Berichte, die die Kommission gelangt hat, haben Enthüllungen enthalten, die keinen Zweifel an der Bedeutung der in Deutschland verborgenen Rüstungen aufkommen lassen. Schließlich betonte Herriot noch, daß man in Berlin davon überzeugt sein könnte, daß er gewillt sei, an der „Sicherstellung des Friedens“ zu arbeiten.

Der „Quotidien“, der bekanntlich der Regierung sehr nahesteht, schreibt, man habe in Berlin in verborgenen Schränken einer Fabrik 10 000 Hochgeschütze für schwere Maschinengewehre vorgefunden. Doch sei dies nicht der einzige Fund dieser Art. — Das „Echo de Paris“ erhöht die Zahl der Hochgeschütze bereits auf 100 000. Das Blatt behauptet, bei Krupp sei man Munition für 27 000 Gewehre und Maschinengewehre auf die Spur gekommen.

Paris, 26. Dez. Die Kammer hat in ihrer heutigen Vermittlung beschlossen, die Beratung über das Budget für auswärtige Angelegenheiten bis nach dem

18. Januar, also bis nach dem Wiederzusammentritt der Kammer, zu verschieben, um dem Ministerium Herriot Gelegenheit zu geben, sich persönlich an der Beratung zu beteiligen. — In der Nachmittagsitzung beschäftigte sich die Kammer mit einer Interpellation des ehemaligen Ministers Loucheur über den Bau billiger Wohnungen, der dafür die Veranzahlung deutscher Sachleistungen fordert. Er schlägt vor, in Deutschland Fenster und Türen herstellen zu lassen.

Die französische Presse sekundiert Herriot.

Genescheit des „Quotidien“.
Paris, 26. Dez. „Quotidien“, der sich bis jetzt in der Frage der Räumung der Röhner Zone reserviert verhalten hatte, veröffentlicht heute einen Artikel, in dem er erklärt, die Entscheidung „versteckten Waffen“ habe die Räumung der Röhner Zone unmöglich gemacht. Alle Welt werde Frankreich, England und Belgien zustimmen und versprechen, daß sie augenblicklich nicht geneigt seien, die militärischen Pfänder aufzugeben, die sie in Händen halten. Es sei sehr natürlich, daß Deutschland seine vollkommene Freiheit wiedererlangen wolle und bitter enttäuscht sei über die Verlängerung der Besetzung von Köln. Es wäre für ein Land nicht würdig zu leben, wenn es nicht seine Integrität wieder zurückerobern wolle. Das Blatt schreibt weiter:

Wir Franzosen erwarten ungeduldig die Stunde, in der wir mit einer Nation wieder normale Beziehungen herstellen können, die zu lange unterbrochen waren und deren Wiederherstellung für den Frieden unerlässlich ist. (?) Aber normale Beziehungen können nicht wiederhergestellt werden dadurch, daß man den nationalitätlichen Welt entläßt, daß man sich demaisnet und die Bewandere vorbereitet. Wenn das demokratische Deutschland es nicht versteht, dem reaktionären Deutschland seinen Willen anzuzwingen, dann darf man nicht damit rechnen, daß die interalliierten Regierungen die Augen vor einer solchen Lage verschließen.

Wir brauchen Sicherheit, um wieder arbeiten zu können. Das Deutsche Reich muß erklären, ob es eine ehrliche Erfüllung der Entwaffnungsklauseln erstreben will oder nicht. Wenn es das nicht will, dann hat es sich alle Peiden selbst zuzuschreiben, und die volle Verantwortung für die europäische Verwirrung wird ihm aufzubürdet werden. (!)

Auch die „Ere Nouvelle“ vertritt heute den Standpunkt Herriots, und sagt, daß er nicht leichtfertig den Bestuhung gefast habe, die Röhner Zone nicht vor dem 10. Januar zu räumen. Die „Lehr entgegengesetzte“ Absicht Herriots scheine rechts des Rheins nicht verstanden worden zu sein. Kein französischer Ministerpräsident könne unter diesen Umständen eine andere Entscheidung treffen, als die, die Herriot unter Billigung von Chamberlain und Tounis getroffen habe. Man habe in Frankreich den Eindruck, daß Deutschland hintergedanken habe und nicht „fair play“ spiele. Frankreich wolle weder auf den Frieden, noch auf den Fortschritt verzichten. Das müsse Deutschland bedenken, denn man wolle es weder demütigen noch beherrschen.

So schreibt das demokratische Frankreich Herriots. Was die nationalitätlichen Kreise Millerand's und Volcairos mit unruhiger Offenheit ihren Anhängern täglich aufs neue predigen, wird hier unter der heuchlerischen Maske einer angeblich friedliebenden Regierungspreste nicht weniger energisch vertreten. Und all dies geschieht in einem Augenblick, da die Pariser Zeitungen mit dem Zustandekommen des deutschen Einkaufsintritts rechnen. Deutschland, wie lange willst du noch schlafen?

Ein Schritt der allierten Botschafter in Berlin?

Paris, 26. Dez. Die Botschafterkonferenz tritt morgen vormittag um 11 Uhr in einer Sitzung zusammen, um von dem Bericht des Interalliierten Militärkomitees in Versailles Kenntnis zu nehmen auf Grund der von der Kontrollkommission gelieferten Teilberichte über die Generalinspektion in Deutschland. Es sei wahrscheinlich, daß die Botschafterkonferenz sich über einen Schritt der allierten Botschafter in Berlin einigen werde, die im Namen ihrer Regierungen eine Note überreichen würden, über deren Inhalt man sich verständigen werde. Diese Note werde aber jedenfalls nicht vor den ersten Tagen des Monats Januar überreicht werden. (W. T. V.)

Amerika und der neue Vertragsbruch.

Die Räumung unerlässlich!
New York, 24. Dez. Die Frage der Räumung des Röhner Beckenbeckens findet hier größte Beachtung. Allgemein wird hervorgehoben, daß die Räumung für die Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes von Europa unerlässlich sei. Ferner wird anerkannt, daß der Dawes-Plan gefährdet werden könnte, wenn neue Beunruhigung in der ganzen Welt durch unnötige Verlängerung der Besetzung

hervorgerufen würde. Im Senat befiehlt man den angeleglichen Standpunkt der französischen Militärpolitiker, daß die Rückgabe Kölns an das völlig entwaffnete Deutschland eine Gefahr für das waffenstarrende Frankreich bilden könne. Frankreich, so kann man vielfach hören, würde ganz Amerika gegen sich haben, wenn es zu einem Kompromiß nicht bereit sei.

Die Deutsche Industriellen-Vereinigung zur Kölner Räumungsfrage.

Der Vorstand der Deutschen Industriellen-Vereinigung hat folgende Entscheidung gefaßt:
Durch die Presse geht die erschütternde Nachricht, daß die Entente entgegen den klaren Bestimmungen des von ihr und aufgezungenen Verfallers „Vertrages“ die Röhner Zone am 10. Januar 1925 nicht räumen wird. Damit werden auch die dem Wortlaut des Dawes-Planes zugrunde liegenden Voraussetzungen über die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Einheit des Deutschen Reiches rechtswidrig übergangen. Die Deutsche Industriellen-Vereinigung hat von vornherein die deutsche Vertrauenslosigkeit gegenüber der Vertragsentente unserer Gegner bekämpft und die Forderung erhoben, daß die deutschen Belästigungen nur Zug um Zug gegen Leistungen der Gegenseite übernommen werden dürften. Angesichts der Tatsache, daß die Feinde durch Nichträumung der Röhner Zone in flagrantester Weise moralisch und völkerrechtlich eingegangene Verpflichtungen einfach mit Füßen treten, verlangen wir von der Regierung sowohl wie von jenen Kreisen der deutschen Industrie, die sich in die Linie der Regierungspolitik stellen, daß sie das Unrecht von Köln wieder gut machen einmal durch eine feierliche Abgabe gegenüber den unausführbaren Befehlen des Londoner Protokolls, zum anderen durch sofortigen Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen mit den vertragsbrüchigen Staaten.

Beendet die Quälerei der Kontrolle!

Wehler und die Reichswehr.
Berlin, 26. Dez. In der „Münchener Allg. Ztg.“ schreibt Reichswehrminister Dr. Wehler: Die Prüfung, die der Reichswehr durch die sogenannte Generalinspektion auferlegt ist, hat sie überstanden, obwohl sie in der Form, in der sie vorgenommen wurde, fast unerträglich war. Wenn ich einen Wunsch für die Reichswehr habe, so ist es der, daß dieser entwürdigende Zustand endlich aufhöre. Jede Weite der Verleumdung muß unwirksam bleiben, wenn nicht Deutschland gleichberechtigt als Nation anerkannt wird. Solange es gewisse Kreise des Auslandes zweckmäßig erscheint, sich in der Rolle des Sklavenhalters zu gefallen und die deutsche Wehrmacht der Welt wöchentlich einmal als gefesseltes Raubtier vor die Augen zu stellen, bleibt die europäische Kulturmacht ein frommer Wunsch. Um diesem Zustand, der alle üblen Instinkte, die der Krieg geweckt hat, sorgsam lebendig zu erhalten trachtet, ein Ende zu machen, nehme mein Wehrmachtswunsch dringlich: Beendet die Quälerei, für die kein sachlicher Grund mehr vorliegt, die lediglich die Beziehungen der Völker zueinander vergiftet.

Die französische Handelsbilanz 1924.

Paris, 26. Dezember. In den ersten elf Monaten des laufenden Jahres betrug der Wert der gesamten Einfuhr nach Frankreich 32 277 470 000 Franken gegen 26 018 518 000 Franken in der gleichen Periode des Vorjahres. Der Wert der gesamten französischen Ausfuhr in diesem Zeitraum ist auf 32 767 338 000 gegen 28 674 530 000 Franken während der gleichen Periode des Vorjahres gestiegen. (W. T. V.)

Die Amnestievorlage.

Paris, 26. Dez. Die Gesetzgebungs-Kommission der Kammer hat heute vormittag das vom Senat angenommene Amnestiegesetz, das einige Abänderungen an dem von der Kammer angenommenen Text enthält, beraten. Auf Antrag des Justizministers hat die Kommission beschlossen, den Text des Senats ohne Abänderungen anzunehmen. Das Plenum der Kammer wird sich am Montag mit dem Amnestiegesetz beschäftigen. (W. T. V.)

Die Bedrohung Krassins durch Frau Dickson.

Paris, 26. Dez. Die vor einigen Wochen verhaftete amerikanische Staatsbürgerin Dickson, die vor dem russischen Botschaftsgebäude Drohungen gegen den Botschafter Krassin ausgesprochen hatte und später erklärte, sie habe ihn erschossen wollen, ist heute vom Strafgericht zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Die Dickson ist eine geborene Rusin und Schriftstellerin von Beruf. Sie erklärte, sie habe eine Zeitung in Sowjetrußland die Stellung eines Untersuchungsrichters bekleidet. Nach Verbüßung ihrer Strafe wird sie aus Frankreich ausgewiesen werden. (W. T. V.)

Paris, 26. Dez. Der Abgeordnete de Montjou hat dem Ministerpräsidenten Herriot mitgeteilt, daß er ihn über die Frage der Rückertattung der Franzesflotte an die Sowjetregierung interpellieren werde. Er veranlaßt, daß diese Interpellation noch vor Ende des Monats zur Diskussion gestellt werde. (W. T. V.)

Sirana von den Regierungstruppen wieder befehzt.

Die Erfolge Ahmed Jogus.

Belgrad, 26. Dez. (Meldung der Agentur Avala.) Nach den letzten Nachrichten wird amtlich behauptet, daß die Truppen Ahmed Jogus Sirana nach erbittertem Widerstand der Anhänger von Nolis befehzt haben. Aus Belgrad wird berichtet, daß die von Bagram Tzur befehligten Regierungstruppen gestern im Norden Fortschritte machten und die Ante Rufah-Rumcuola-Lulane wieder besetzten. Immerhin glaubt man nicht, daß dieser Erfolg den entscheidenden Sieg Ahmed Jogus in Frage stellen könnte, dessen Anhänger gegenwärtig ganz Mittel-Albanien besetzt halten und die wichtigsten Verkehrswege beherrschen. Joga sandte in aller Eile Verstärkungen, um die Lage im Norden wiederherzustellen.

Paris, 26. Dezember. "Chicago Tribune" meldet aus Durazzo, die Aufständischen in Albanien hätten nach der Annahme von Sirana den zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten Bruder eines Amerikaners in Freiheit gesetzt. Der amerikanische Konsul habe unverzüglich dagegen protestiert.

Belgrad, 26. Dezember. In der Mitteilung der Regierung von Nolis, daß sich unter den von ihren Truppen gemachten Gefangenen auch drei serbische Soldaten befänden, meldet die "New York Herald Tribune" die Nachricht sei unzuverlässig. Die Regierung von Nolis betrachte als Gefangene einige Deutsche der jugoslawischen Armee, welche die jugoslawische Grenzschraube vergeblich beimzufördern verucht habe.

Stallens Interesse an Albanien.

Rom, 26. Dezember. "Tribuna" schreibt, daß die Erbschaft in Albanien vom italienischen Ministerium des Auswärtigen ohne jede Verzögerung verhandelt werden solle. Der korrekten Haltung der jugoslawischen Regierung. Beide Regierungen bestanden die Hoffnung, daß es Ahmed Joga gelingen werde, dem Lande Ruhe und Ordnung zu verschaffen.

Regierungswechsel in der Tschechei?

Prag, 24. Dez. Die "Bohemia" meldet aus bestinformierter Quelle unter Vorbehalt: Das Kabinett Zechla wird in der ersten Januarwoche seine Demission überreichen und dem Präsidenten vorzulegen, ein Kabinett zu ernennen. Es soll jedoch der Zusammenhang mit dem bisherigen Regierungskabinett dadurch unterbrochen werden, daß zu Ministern nur solche Parteigänger der Sozialistpartei ernannt werden. Als Ministerpräsident wird der jetzige Sektionschef im Innenministerium, Dr. Hofel, der als Nachfolger des anaristischen Abgeordneten Kuchera in das Parlament eingehen sollte, genannt.

Wehrlosmachung Oesterreichs.

Wien, 26. Dez. Die "Stunde" erfährt, hat der interalliierte Vorschlag über die Wehrlosmachung Oesterreichs alle Voraussetzungen der Durchführbarkeit erfüllt. Die Wehrlosmachung wird in diesem Zusammenhang als Friedensvertrag nur die zu einem Gasangriff notwendigen Ressourcen verbietet, nicht aber die zur Abwehr bestimmten. Außerdem machen die militärischen Kontrollorgane der Gründung einer künftigen Völkerpolizei große Schwierigkeiten, trotzdem der Friedensvertrag Oesterreich zur Gründung einer solchen Abrüstung verpflichtet. Es findet sich nämlich in dem Vertrag ein Passus, der verlangt, daß Pulver und Sprengstoffe ausschließlich in einer staatlichen Fabrik hergestellt werden dürfen.

Der neue Sowjetgehande in Wien.

Wien, 26. Dez. Heute hat der neue Gesandte Sowjetrußlands Hofe dem Bundespräsidenten Paulisch sein Beglaubigungsschreiben überreicht. In einer längeren Ansprache vermahnte Herr Hofe, wohl um den Gerüchten, die seiner Faktisheit in Wien vorausgesetzt waren, die Spitze zu bieten, darauf, daß die russische Arbeiter- und Bauernregie-

Kuliskers Sohn Alexander.

Belgrad, 26. Dez. Die Nachforschungen im Falle Kulisker (Preussische Staatsbank) wurden auch während der Feiertage fortgesetzt. Die Staatsanwälte Dr. Kufmann und Dr. Caspari, die den eigentlichen Untersuchungsleiter gebildet haben, besahen die Akten, sind unablässig bemüht, die verwickelten Fäden der einzelnen Transaktionen zu entwirren. Am Freitagabend ergriff die Notwendigkeit.

Den Ältesten Sohn Kuliskers zu verhaften.

Es ist der Älteste, in Buda geborene Alexander Kulisker, der als Prokurist im Bankhaus seines Vaters angestellt war und bereits selbst eine eigene Bank mit allem, was dazu gehört, wie zwei Automobile und dergleichen, sein eigen nannte. Von hier wurde er am Freitagabend von dem Sondergendarmerie in das Untersuchungsgefängnis nach Buda gebracht.

Außer Alexander Kulisker wurden der frühere Prokurist der Kulisker Bank, der 45 Jahre alte Alfred Wei, sein Sohn, sowie ein früherer Major Karl Böhmer, die in dem Unternehmen eines Geschäftsfreundes Kuliskers, des Generaldirektors Blau, beschäftigt waren. Böhmer war früher in der Bumba, dem Waffen- und Munitionsfabrikanten, tätig. Generaldirektor Blau lieferte bereits während des Krieges Geschosse und kam so mit Mofher in Verbindung. Nach der Auflösung der Bumba trat Mofher als Geschäftsführer in das Blau'sche Unternehmen ein. Wie weit die drei Verhafteten in alle Geschäftsdetails Kuliskers und Blaus eingeweiht sind, muß sich die Vernehmung herausstellen. Bis jetzt lag immerhin ein gewisser Verdacht der Mitschuldhaftigkeit auf ihnen. Ihre Verhaftung war erforderlich, da Verdunklungsfahrer nahelag.

Kuliskers Werdegang.

Wie bereits berichtet, ist der faktisch bekannte Juan Kulisker erneut in Untersuchungshaft genommen worden. Anfang September dieses Jahres traten mehrere Personen auf, die gegen den gleichfalls in Untersuchungshaft befindlichen Michael Holzman ein Anzeigebogen wegen Erpressung, Betruges und anderer Delikte erstatteten. Es stellte sich später heraus, daß hinter diesen Leuten und Anzeigen Juan Kulisker stand. Das man ihm schon öfter leid geworden sein, denn dadurch kam die Zentralbankfrage ins Rollen, in die außer Holzman und Kulisker die Preussische Staatsbank (Zechhandlung), der Leiter der Fremdenpolizei, Regierungsrat Vortels, und viele andere hineingezogen wurden. Es ist zu bemerken, daß Holzman und Kulisker zwei gleichgestimmte Seelen sind. Beide stammen aus dem West in Buda. Sie kamen mit der unermüdeten ständigen Einwanderungswelle, die Deutschland überflutete, herein und suchten sich hier festzusetzen. Neben dem Werdegang des Kulisker, der Hauptinhaber von fünf Bankinstituten in Deutschland und einer ganzen Anzahl sehr großer Werke und Geschäfte ist, erzählt der "Berl. Volksw." interessante Einzelheiten:

Vor rund zwanzig Jahren war Kulisker Angestellter im Geschäft seines Onkels, das sich in der Hauptsache mit dem Kleinverkauf von Heringen und anderen billigen Nahrungsmitteln befaßte. Das war in Weiden in Kurland. Heute ist Juan Kulisker Generaldirektor, der im Grunewald Pflafer einer der prunkvollsten Villen ist und dessen Privatwagen wegen seiner Pracht Aufsehen in den Straßen erregt. Kulisker hat eine ganz primitive Schulbildung.

zung in ihrer äußeren Politik konsequent das Prinzip der Nicht-Einmischung (?) in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und in das innere Leben ihrer Bevölkerung befolgt und befreit sei, mit allen in Frieden und Freundschaft zu leben. Im übrigen waren die Rede und Antwort des Bundespräsidenten auf die üblichen Versicherungen von Festigung der Freundschaft und Ausbau der gegenseitigen Beziehungen gestimmt.

Der Bolschewismus und der russische Bauer.

Worüberfälle auf die kommunistischen Kollaborateure. (Eradimierung unter Berliner Schriftleitung.) Berlin, 26. Dez. Die aus Moskau berichtet wird, fand dort unlängst eine Konferenz der kommunistischen Parteibeamten statt, die auf dem flachen Lande die Propaganda für die Partei betreiben. Der Vorsitzende Grunt berichtete über die Lage und über die Stimmung auf dem flachen Lande und erklärte, daß die kommunistischen Parteibeamten verfolgt würden, um so mehr, je weiter der Ort ihrer Tätigkeit von den Städten und Bahnhaltungen entfernt sei. Die Bauern hätten die Wohnungen der kommunistischen Beamten, schickten die Scheiden ein, erbrachen die Türen und hielten ganze Häuser in Brand, wobei sie oft die darin eingeschlossenen Parteigenossen dem Flammenopfer opferten. Auch Worüberfälle seien an der Tagesordnung. Grunt legte ein Verzeichnis vor, das die Namen der bisher getöteten kommunistischen Parteibeamten enthielt. Danach sind allein in den letzten Wochen an zwanzig Agenten ermordet worden, wobei nicht einmal alle Fälle registriert werden konnten. Es wurde der Beschluß gefaßt, eine besondere Schutzorganisation zu schaffen, die die Aufgabe hat, die kommunistischen Agenten in den bedrohten Dörfern bei der Ausübung ihrer Tätigkeit vor Überfällen zu schützen.

In einer der letzten Nächte wurde im Dorflester zu Moskau der Sekretär des bekannten Patriarchen Tichon durch zwei bisher unerkannt gebliebene Männer ermordet. Das Motiv zu der Tat ist noch unbekannt; es wird aber angenommen, daß es sich um einen politischen Mord handelt.

Aufruf der ägyptischen Kolonie in Berlin.

Berlin, 26. Dez. Die ägyptische Kolonie in Berlin veröffentlicht einen Aufruf, der sich scharf gegen die Unterdrückungspolitik Englands gegenüber Ägypten und dem Sudan ausdrückt. Entgegen dem Willen der ägyptischen Regierung, heißt es in dem Protest, hat England eigenmächtig die Truppen und die Beamten aus dem Sudan vertrieben, um sich dort freie Hand zu schaffen. Damit im Zusammenhang steht auch der Bewässerungsplan von Westreich, der, wenn er gemäß der Absicht Englands in seiner ganzen Ausdehnung durchgeführt wird, ein für Ägypten katastrophales Wassermangel herbeiführen wird. So wird auch Ägypten an Stelle eines blühenden Paradieses eine öde Wüste werden, und England vernichtet mit diesem Plane Ägypten materiell, wie es das vieltausendjährige Kulturland in den letzten Jahrzehnten geistig, politisch und finanziell ruiniert hat.

Indien begrüßt die Erfolge der Rifkämpfe.

Delgam, (Präsidentische Bomben), 26. Dezember. Eine von der Billafar-Konferenz heute angenommene Entschließung begrüßt das Vorgehen der britischen Regierung in Ägypten als eine Schmach, begrüßt die Erfolge der Rifkämpfe in Marokko und betont, daß eine Unterstützung der Spanier durch die Engländer und Franzosen als eine gegen den Islam gerichtete Feindseligkeit angesehen werden würde.

Das Banditenunwesen in Mexiko.

Mexiko, 26. Dez. 50 Banditen brachten bei El Codo einen Eisenbahnzug zum Entgleisen, töteten einen weiblichen Passagier und sechs zur Bedeckung des Zuges mitgenommene Soldaten und raubten den Passagieren aus. Während des Geschehens, in dem die Soldaten tapfer, aber vergeblich Widerstand leisteten, wurden mehrere Passagiere verwundet. (W. T. V.)

Er kann kaum lesen und schreiben.

und noch heute läßt er sich von seinen Privatsekretären die wichtigsten Briefe vorlesen. Dabei ist er aber doch wohl von großer "Intelligenz", und heizt wuhie er im richtigen Augenblick die für ihn günstige Konjunktur wahrzunehmen.

Nach in der ersten russischen Revolution tauchte er in Buda als Zigarrenhändler auf. Stets kam er bescheiden durch die Dintertür und verkaufte die unbedeutendsten Ware mit erheblichem Aufschlag, doch billiger, als man sie im regulären Kauf erwerben konnte. Auf diese Weise legte er den Grundstock. Als der Weltkrieg ausbrach, war Kulisker schon ein kleiner Kapitalist. Er hatte in all den Jahren gepart, um es vorwärts zu bringen.

Der Weltkrieg brachte ihm dann ein willkommenes Betätigungsfeld.

Er trat als Lieferant der russischen Regierung auf und vermehrte sein Vermögen beträchtlich. Als der Bolschewismus in Russland alles umkehrte, flüchtete er nach Kurland und Litauen, wo er kleinere Geschäfte machte. Alles in allem befaßte er damals 50.000 bis 60.000 Dollar. Als der Krieg beendete, die Revolution in Deutschland gewesene und das ständige Einfließen geblieben war, flüchtete Kulisker mit vielen anderen ebenso unerwünschten Personen nach Deutschland über. Dort ging er gleich aufs Ganze und kaufte in großem Ausmaß deutsches Kriegsmaterial, das er zum großen Teil mit neuem Ansehen im Ausland absetzte. Auf diese Weise rundete sich sein Vermögen zu Millionen, dies um so schneller, als er eine Anzahl Banken, Werke, Fabriken usw. zum Teil in seinen Besitz, zum Teil unter seine Kontrolle zu bringen wußte. Dieser ebenso ungeliebte wie geschätzte Mann wußte dann auch die Preussische Staatsbank durch seine schwindelhaften Transaktionen in Mitleidenschaft zu ziehen, und trotz aller Dementierungsvorwürfe wird die Staatsbank letzten Endes den Verlust einiger Millionen aus den Geschäften mit Kulisker zu verbuchen haben.

Die Großhandelsindexziffer unverändert.

Berlin, 24. Dez. Die auf den Schlag des 23. Dezember berechnete Grobhandelsindexziffer des Reichsindex des Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 17. Dezember (1924) mit 124 nahezu unverändert. Befürchtet sind vor allem die Preise für Roggen, Hafer, Gette, Deringe, Minderfleisch, ferner für Fleisch und Zink. Höher lagen die Preise für Getreide, Schweinefleisch, Milch, ferner für Düngemittel, Leder, Baumwolle, Hanf, Blei, Kupfer, Zinn und Zinn. Von den Hauptgruppen sanken die Lebensmittel von 129,7 auf 129,0 oder um 0,7 v. H., während die Industriehiffe von 130,0 auf 130,8 oder um 0,2 v. H. anzogen.

Der Vermittlungsvorschlag für die Bankgehälter angenommen.

Berlin, 26. Dez. Wie seinerzeit berichtet, fanden am 18. Dezember im Reichsarbeitsministerium im Anschluß an den abgeleiteten Schiedspruch im November neue Gehaltsoverhandlungen der am Reichsstatistik für das Bankgewerbe beteiligten Verbände statt. Hierbei war von dem Vertreter des Minikers ein Vermittlungsvorschlag gemacht worden, der Einkommenssteigerungen empficht, und zwar vom 1. bis zum 15. Verfassung, welche über die Höhe des damaligen Schiedspruches hinausgingen. Wie der Reichs-Bankbeamtenverband mitteilt, wurde dieser Vorschlag am heutigen Erklärungstage von den Verbänden angenommen.

Die neue braunschweigische Regierung.

Braunschweig, 24. Dez. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung erfolgte die Wahl der neuen braunschweigischen Regierung. Auf Vorschlag der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der Nationalen Partei und der Wirtschaftgruppen wurden folgende drei außerhalb der Parteien stehende Persönlichkeiten zu Ministern gewählt: Rittergutsbesitzer Udo v. Grone im Reichsrat, Regierungsrat Hans Vließ von der Kreditdirektion in Braunschweig und Oberregierungsrat Baranardt von der Landesökonomikkommission. Grone und Vließ wurden mit je 25 Stimmen gewählt, 19 Stimmzettel waren jedoch unanfällig. Baranardt wurde mit 25 Stimmen gewählt. Die Zahl der Abgeordneten im neuen Landtage beträgt 48.

Aus der Werkmeister-Bewegung.

Vom Deutschen Werkmeister-Bund wird uns aus Bielefeld berichtet, daß der Deutsche Werkmeister-Bund und Tilschdorf über 30.000 Mitglieder verloren, weil die meisten Mitglieder mit der sozialistischen Richtung des Verbandes nicht einverstanden sind. Am Januar d. J. trat der D. W. B. als die anderen sozialistischen Gewerkschaften aus der Arbeitsgemeinschaft aus und leute sich im Juli d. J. erneut für die W. A. Politik fest. Die Klassenkampf-Parole des D. W. B. wird von den Vorkriegs-Mitgliedern des Verbandes vollständig verworfen. Die Werkmeister treten darum in großen Scharen dem Deutschen Werkmeister-Bund bei, der die Arbeitsgemeinschaft befreit und die sozialistische W. A. Politik verurteilt. Der Deutsche Werkmeister-Bund steht auf nationalem Boden und ist politisch und religiös neutral. Der Deutsche Werkmeister-Bund hat keinen Mitgliedern als Wahlforderung denselben Text, den am 4. Dezember die linkssozialistische "Leipziger Volkszeitung" brachte, mit der Aufforderung: "Anstelle, wählt sozialdemokratisch!" Dieser Schlußsatz der "Leipziger Volkszeitung" war in der "Werkmeister-Zeitung" allerdings fortgelassen, der übliche Text war genau derselbe. Der Deutsche Werkmeister-Bund fordert daher alle national denkenden Werkmeister zum Zusammenschluß im Deutschen Werkmeister-Bund ein. Die Geschäftsstelle des D. W. B. für Sachsen und Mitteldeutschland befindet sich in Leipzig, Elbfässer Straße 5.

Was die Eisenbahnen verdienen.

Von Geheimrat Dr. Quast, M. d. R. Die Frachtenlast, die auf der deutschen Wirtschaft liegt, ist bekanntlich im Verhältnis zur Gütermenge berechnet doppelt so hoch als im Frieden. Die deutschen Eisenbahnen sind beispielsweise höher als die Frachten in Frankreich und anderen großen europäischen Wirtschaftsländern. Das verursacht naturgemäß die Selbstkosten und treibt die Preise. An den täglichen Lebensbedürfnissen zahlt jeder einzelne Deutsche einen übermäßigen Frachtenanteil an der Reichsbahn. Was diese sogenannte Reichsbahn verdient, wird leider mit Geheimnis umkleidet. Man weiß nur, daß sie über erhebliche Mitteln verfügt und diese in einer Weise ausleibt, die nicht zu kontrollieren ist.

Glücklicherweise haben wir aber noch einige deutsche Privatbahnen, die mit demselben Tarif arbeiten wie die Reichsbahn. Wir gehen im Nachstehenden ein Bild über die Ergebnisse der deutschen Privatbahnen. Leider ist dies nicht vollständig, da beispielsweise eine so wichtige Bahn wie die Köln-Bonner Eisenbahn fehlt.

Kapital in Millionen Mk.	Kurs am	
	12. 12. 24	12. 12. 24
Allgemeine Deutsche Eisenbahn	9	80
Braunschweigische Landesbahnen	6	67
Halberstadt-Magdeburger Eisenb.	5,4	64
Hildesheim-Magdeburger Eisenbahn	31	102
Hildesheimer Eisenbahngesellschaft	6,7	54,50
Preussische Eisenbahn	3,42	125

Was ergibt sich aus diesen Zahlen? Die Allgemeine Deutsche Eisenbahn hat ihr Kapital verdreifacht. Trotzdem wird der Wert ihrer Aktien mit 60 Prozent bemietet. Das ergibt eine Bewertung des Friedenskapitals von beinahe 200 Proz. Ähnlich liegt es bei der Halberstadt-Magdeburger Bahn. Die Hildesheim-Magdeburger Bahn hat ihr Kapital um 50 Prozent erhöht. Trotzdem wehrt ihre Aktie über 100 Prozent, was eine Bewertung des Friedenskapitals um etwa 150 Prozent ergibt.

Es ist dringend nötig, daß der Reichstag endlich eine Aufklärung über die Eisenbahngewinne und ihre Verwendung erzwingt.

Der Beginn des heiligen Jahres.

Rom, 25. Dezember. In Gegenwart aller in Rom residierenden Kardineale, einer außerordentlich großen Anzahl von Erzbischöfen, Bischöfen und Prälaten aus allen Teilen der Welt, der Äthiopia Liga von Oricchenland, des Prinzen Christoph von Oricchenland, sowie der Prinzessinnen Alice, Irene, Margarete und Theodora, und der bescheidenen Prinzessinnen Josephine und Strobane, der Würdenträger des päpstlichen Hofes, des römischen Adels, des beim Heiligen Stuhl beurlaubten diplomatischen Korps und der Masse der Pilger öffnete der Papst in feierlicher Weise die Porta Sancta von St. Peter und gab damit das Zeichen des Beginns des heiligen Jahres. Die Glocken von St. Peter und der Basiliken und Kirchen Roms läuteten und eine große Menge hand auf dem Platz von St. Peter, wo italienische Militär aufgestellt war, während die Priester im Anneru der Basilika Gottgedächtnis abhielten. (W. T. V.)

Kleine Nachrichten.

Berlin, 26. Dez. Am 1. Januar 1925 tritt der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrates Wirtl. Wehmer Oberkonsistorialrat D. Müller in den Ruhestand. Aus diesem Grunde hat Kultusminister Dr. Witt als Präsident ein Rundschreiben an ihn gerichtet. (W. T. V.)

Bremen, 26. Dezember. Das Schiffschiff des Deutschen Schiffsverins "Wrochhera" in Elisabeth ist am 24. Dezember wohlbehalten in Rio de Janeiro eingetroffen und wird am 1. Januar nach Atahai weiterreisen.

Paris, 26. Dez. Der Kammer ist ein Gesetzentwurf angenommen, durch den die französische Regierung sich verpflichtet, die Entscheidungen des internationalen Gerichtshofs im Haag als bindend anzuerkennen. (W. T. V.)

Paris, 26. Dez. Das serbische Konsulpaar ist heute inhaftiert in Paris eingetroffen. Es wurde durch einen Vertreter des Präsidenten der Republik am Bahnhof begrüßt.

Rom, 24. Dez. Die "Arcadia di Roma" wehrt an Hand einer Rille von Einzelheiten nach, mit welcher schlagenden Gründen Deutschland gegenüber (während Feststellungen der Entente seine Gutwilligkeit beweisen könne. (W. T. V.)

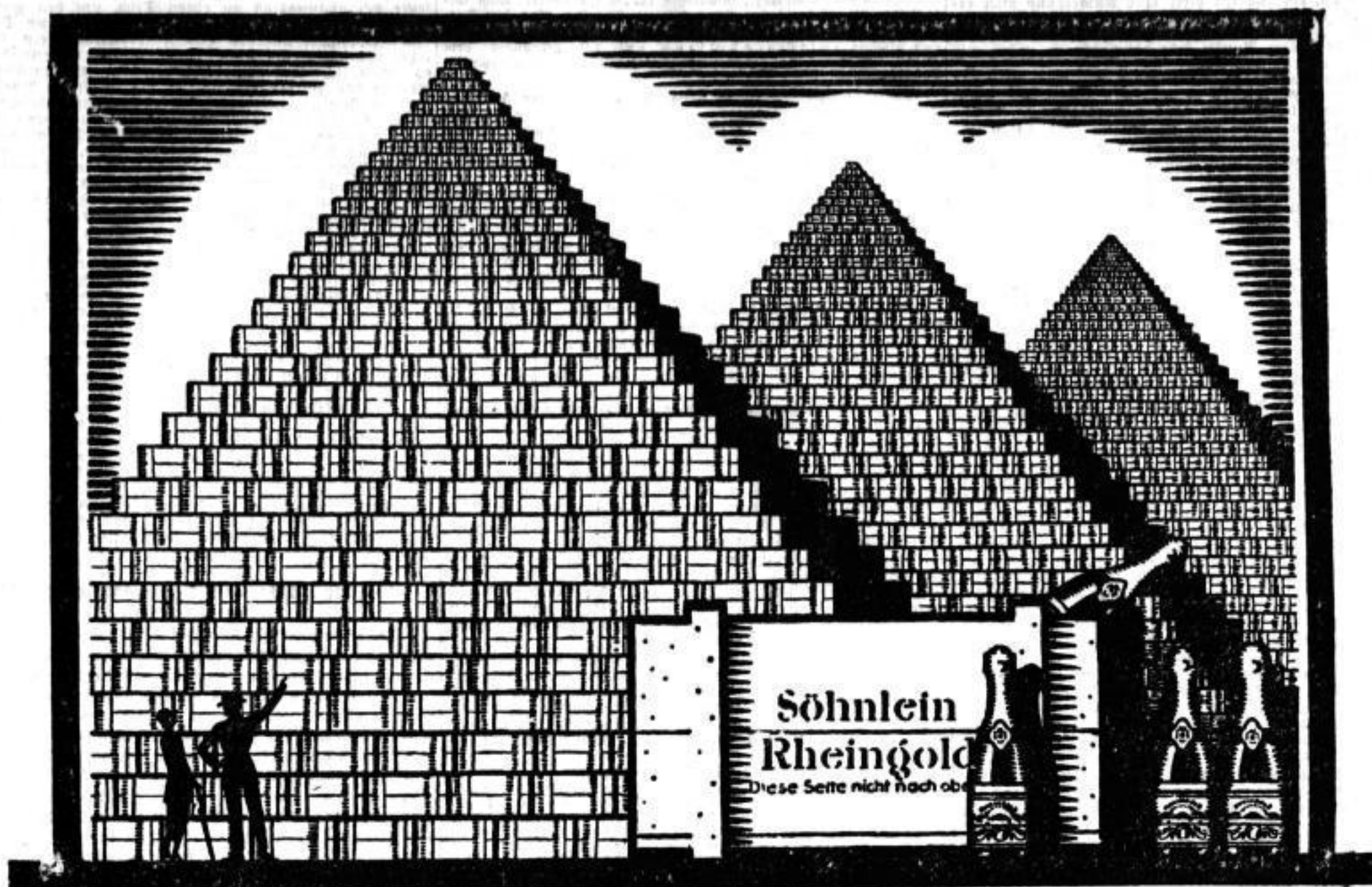
Sofia, 26. Dezember. Ministerpräsident Janoff ist gestern abend nach Belgrad abgereist.

Bei Rheumatismus
 nicht - 6 Iedersort merzen - Hexon-chuss hat ihn
Oberförster (Dreizahnart) Einreibung
 in diesen Tausenden von Fällen g'Anwend bewährt -
 Nur echt:
Hof-Apotheke, Dresden, Am Georgentor.
 Verlang nach ausswärts.

Wirtschafts-

Wörter- und Sachlexikon

Das Weinhandelsjahr hat für die Weinhandelsbetriebe ein ungewöhnlich gutes Ergebnis gebracht. Die Produktion ist im Vergleich mit dem Vorjahr um etwa 10% gestiegen, während der Verbrauch nur um 5% zugenommen hat. Dies hat zu einem erheblichen Überschuss an Wein geführt, der nun auf dem Markt zu finden ist. Die Preise sind infolgedessen gesunken, was für die Konsumenten ein willkommenes Ereignis ist. Die Weinhandelsbetriebe hoffen, dass dieser Überschuss auch in den kommenden Jahren anhalten wird.



**Tausende und aber Tausende
von Kisten
1920^{er}**

Söhnlein Rheingold

kamen bisher aus unseren Kellereien zum Versand. Die hohe Qualität der verwendeten Edelweine, deren natürliche, köstliche Blume und prickelnde Feinheit sicherten diesem Jahrgangs-Sekt seine Ueberlegenheit und grosse Verbreitung.

Söhnlein Rheingold A.-G.
Schierstein i. Rheingau

Gegründet 1865

H. R. ERDT
F. KÖKENTHAL

Generalvertretung: Hermann Kratzsch, Dresden-A. I, Wiener Straße 17, Fernspr. 41101.

